

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal Mk. 2,50.

Inhalt:

Rückblick auf das Jahr 1915 1
Arbeiterbewegung. Zur Fraktionsabstimmung im Reichstag. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Der „Vorwärts“ und die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“. — Aus der schweizerischen Gewerkschafts-

bewegung. — Das Internationale Steinarbeitersekretariat im Jahre 1914/15 . . . 4
Literatur. Volkserziehung durch den Abreißkalender . . . 8
Hierzu: Adressen-Beilage Nr. 1.

Rückblick auf das Jahr 1915.

Der Weltkrieg schlägt noch immer hohe Wellen gegen Deutschlands Ufer. Vor Jahresfrist schrieben wir an dieser Stelle, daß die Jahreswende nur ein Inselchen im Strome kriegerischer Ereignisse bildet, deren Ausgang nicht abzusehen sei. Kein Mensch wisse, ob wir uns dem Ende des Krieges nähern, ob wir im Mittelpunkt ständen oder gar erst in den Anfängen längerer Kriegsjahre. Das war damals nach den ersten fünf Monaten des Krieges, die nun wirklich zu den Anfängen gerechnet werden müssen, denn seitdem sind wieder zwölf Monate Krieg vorübergerauscht und noch heute weiß kein Mensch, ob wir uns näher dem Ende oder näher dem Mittelpunkt des Krieges befinden. Nach der allgemeinen Kriegslage zu schließen, ist das Uebergewicht der mit Deutschland verbündeten Mächte ein so entscheidendes, daß auch eine längere Dauer des Krieges daran kaum etwas zu ändern vermag, und die Friedensinterpellation der sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Reichstag, wie auch ihre Beantwortung durch den deutschen Reichskanzler haben keinerlei Zweifel daran gelassen, daß nicht Deutschland an der Verzögerung des Friedens die Schuld trägt. Im Gegenteil sind es die uns befehrenden alliierten Mächte, die sich an den Gedanken des Friedens jetzt noch nicht gewöhnen können, sondern einen solchen erst hinter der Verwirklichung von Kriegszielen suchen, die nichts Geringeres als die Zerschmetterung und Aufteilung Deutschlands erstreben. Je weniger dieses feindliche Kriegsziel der gegenwärtigen wirklichen Kriegslage entspricht, desto tauber stellt man sich in den uns feindlichen Ländern allen Friedensbestrebungen gegenüber. In England hat man die sozialdemokratische Interpellation für ein mit dem Reichskanzler abgetartetes Spiel bezeichnet und in Frankreich lehnte man selbst einen Frieden, der dem Standpunkt der deutschen Parteiminderheit, der Liebknecht und Genossen entspreche, ab. Der französische Munitionsminister Thomas, unser ehemaliger Mitarbeiter, hat sogar in einer Kriegerdenkmalrede in Champagne erklärt: „Keinen Frieden, bevor unser Lothringen und unser Elsaß endgültig in die französische Einheit zurückgeführt sind! Keinen Frieden, bevor unsere unglücklichen belgischen und serbischen Brüder nicht die Sicherheit haben, ihren

Serd in stolzer Unabhängigkeit wiederzufinden. Keinen Frieden, bevor der deutsche Imperialismus und der preussische Militarismus unschädlich gemacht sind . . .“ Thomas verkörpert das offizielle und das sozialistische Frankreich in gleicher Person. Wenn deutsche Friedensneigungen jenseits der Grenzen der Schützengräben ein solches Echo auslösen, so muß man sich wehmütig zugestehen, daß wir leider von dem Ende des Krieges noch recht weit entfernt sind. Man muß aber auch daraus den Schluß ziehen, daß der Weltkrieg für Deutschland trotz der vorteilhaften Kriegslage noch lange nicht aufgehört hat, ein Abwehrkrieg zu sein, und daß die Pflicht des Durchhaltens auch für die weitere Dauer des Krieges nicht weniger gilt als in den ersten Monaten der großen Einheit des deutschen Volkes.

Tiefe große Zeit ist zwar dahin und es ist fraglich, ob sie jemals wiederkehren werden — die Tage, in denen selbst der „Vorwärts“ mit Marx und Engels von der Ueberzeugung tief durchdrungen war, „daß die völlige nationale Selbstständigkeit und Freiheit, die Beseitigung jeglicher nationalen Fremdherrschaft, die unbedingte Sicherung des eigenen Landes vor jeder Invasion eines fremden Eroberers die Grundbedingung für die ungestörte Entwicklung der Arbeiterbewegung“ sei. Je länger der Krieg auf den Völkern lastet, desto mehr wird jene große Stimmung von den täglichen wirtschaftlichen Sorgen und den seelischen Rückwirkungen der Kriegsfolgen zermürbt und die Friedenssehnsucht begreiflicherweise immer dringender. Das kann ja auch gar nicht anders sein, als daß ein Krieg von eineinhalbjähriger Dauer die Friedenswünsche in ungleich höherem Maße aufhäuft, als ein Feldzug von wenigen Wochen oder Monaten. Ebenso selbstverständlich ist es aber, daß wir den uns aufgezwungenen Kampf nicht kurzerhand abbrechen und die Friedensangebote der Gegner hinter unseren eigenen Grenzen erwarten und in Empfang nehmen können, zumal die von unseren Heeren besetzten Gebiete zugleich wichtige Bürgschaften für die Verteilung der schließlich Kriegskosten bilden müssen. Die Zumutung, diese Gebiete ohne irgendwelche Entschädigung für die seither aufgewendeten Kriegskosten zu räumen, ist so absurd, daß kein Deutscher sich darüber in Erörterungen einlassen wird.

Genossenschaftliches.

Arbeitsgemeinschaft für Kriegsfürsorge 87.
„Produktion“, Urteil gegen die 255*.
Russische Genossenschaftsbewegung, Die 142.

Anderer Organisationen.

Christliche Gewerkschaften in der Schweiz während der Kriegszeit 456.
Christlich-nationalen Arbeiterbewegung, Eine Monatschrift der 48.
Frauenvereine, Kriegstagung des Bundes deutscher 328.
Gewerkvereine (S.-D.) Kriegsbeschädigtenfürsorge 206; Verbandstag 301*.
Polnische Berufsvereinigung im Kriegsjahr 1915, Die 366*.
Staatsarbeiter, Vereinsgeseknovelle und 246.
Werkemeister-Verband, Vom deutschen 455.

Mitteilungen.

Aufrufe der Generalkommission gegen Protest- und Massenstreik-Agitation 329, 401; für den vaterländischen Hilfsdienst 513.
Berichtigungen zur Gewerkschaftsstatistik 464; zur Statistik über Lohnbewegungen usw. 120.
„Correspondenzblatt“, Adressenbeilage betr. 303; Meltere Nummern gesucht 48; Für die Verbands-Expeditionen 56, 336, 344, 488; Für die Leser 540.
Generalkommission, Quittungen über Quartalsbeiträge, 24, 72, 120, 160, 208, 272, 328, 344, 392, 464, 520.
Geschäftsführerin für Verband der Hausangestellten gesucht 264.
Jahresstatistik der Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate betr. 72, 100.
Verbandskassierer sucht Stellung 472.
„Volkfürsorge“, Einberufung der Generalversammlung 264.
Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten: Abrechnungen 72, 112, 208, 344, 512; Jahresbericht 110*; Mitglieder-Anmeldungen 16, 72.

Literarisches.

Abreißkalender, Volkserziehung durch 8.
„Bildermann“, Der 384.
Brauereiarbeiter-Bewegung, Geschichte der 471*.
Buchdruckerverbandes, Eine Jubiläumsgeschichte des Deutschen 417.
Der menschliche Körper 496.
Kriegsliteratur, Neuere 192*, 199*, 206*, 216*, 231*, 247*.
Neuen Deutschland, Ein Buch vom 409.
„Sozialdemokratische Feldpost“ 248.
Verwendungsmöglichkeiten der Kriegsbeschädigten, Die 189*.
Vom inneren Frieden des deutschen Volkes 345, 353.
Will das Handwerk umlernen? 535*.

Verzeichnisse neuer erschienenen Bücher und Schriften:
Generalkommission 214, 368, 432.
Deutsche Verbände 176, 368, 432, 512.
Gewerkschaftskartelle, Arbeitersekretariate 176, 368, 432.
Gewerkschaftshäuser und -Herbergen 176.
Ausländische Gewerkschaften 24, 208, 368, 440, 512.
Internationales 24, 368, 440.
Literatur über Gewerkschaften und Gewerkschaftsrecht 208, 512.
Parteiliteratur, Deutsche 176, 360, 456, 512; vom Ausland 176, 456.
Genossenschaftsliteratur 208, 512.
Literatur über Tarif- und Einigungsämter 232, 440.
Literatur über Arbeitsvermittlung 368, 440.
Literatur über Privatversicherung 352.
Literatur über Arbeiterversicherung 232, 352, 440.
Literatur anderer Organisationen 256, 368, 440.
Politische Literatur 512.
Volkswirtschaftliche Literatur 48, 220, 456.
Sozialpolitische Literatur 368.
Kriegs-Literatur: Politische 176, 392; Volkswirtschaftliche 176; Soziale 176, 392, Kriegsrecht 176, 392.
Literatur über Rechtsfragen 384.
Literatur über Gesundheitspflege 384, 456.
Statistische Literatur 456.
Amtliche Publikationen 456.
Unterhaltungsliteratur 456.

Anhang.

(Die Statistischen Beilagen tragen schräge Seitenziffern.)

I. Statistische Beilagen.

1. Die Lohnbewegungen, Streiks und Ausparierungen im Jahre 1914 1
2. Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1915 33
3. Die Tarifverträge im Deutschen Reiche im Jahre 1914 57
4. Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reiche im Jahre 1915 73
5. Die Arbeitersekretariate im Deutschen Reiche im Jahre 1915 97

II. Adressen-Beilagen.

(Die Adressen-Beilagen tragen schräge, fette Seitenziffern.)

- Agitationskommissionen 18.
Arbeitersekretariate 2, 10.
Bezirks-Arbeitersekretariate 10.
Gewerkschaftskartelle 3, 11, 18.
Gewerkschaftspressen 24.
Vorstände der Centralverbände 1, 9, 17.

III. Arbeiterrechts-Beilagen.

(Siehe das Spezial-Inhaltsverzeichnis im Anhang.)

Not des Volkes gezeigt als die Bürokratie. Sie weiß in Massenerpflegungs- und Requisitionen besser Bescheid und weiß auch die Bedingungen einer erfolgreichen Kriegsführung, die von allen privaten Erwerbsinteressen losgelöst sein muß, besser zu würdigen, als der zivile Verwaltungsmensch, bei dem noch immer der Gutsbesitzer und der Kommerzienrat in höherem Ansehen stehen, als der gemeine Mann aus dem Volke. Heute aber wiegt jeder Blutstropfen gleich, und wenn der gemeine Mann in der Front nicht seine Pflicht bis zum äußersten täte, dann wäre es um die Bürokratie am allerersten geschehen, wie die Erfahrungen in Serbien zur Genüge zeigen dürften!

In finanzieller Hinsicht könnte es scheinen, als ob Deutschlands Lage kaum etwas zu wünschen übrig lasse. Die Kriegsanleihen werden überzeichnet und prompt untergebracht und die Mittel zur weiteren Kriegsführung glatt bewilligt. Kein Wunder, denn die Milliarden, die der Krieg kostet, bleiben zum größten Teil der eigenen Wirtschaft erhalten. Die Kriegsaufträge bringen reichen Gewinn, die Lebensmittel nicht minder, und die Anleihen werden gut verzinst. Man könnte glauben: wir schwimmen im Reichtum, und unfertig könnte der Krieg noch Jahre dauern! Aber ganz so liegen die Dinge in Wirklichkeit nicht, denn der Krieg macht immer nur wenige reicher und viele ärmer, und auch im gegenwärtigen Kriege sind Besitzverschiebungen eingetreten. Gewisse Kreise haben sich enorm bereichert und weite Volksschichten sind verarmt. Vor allem aber bereichert sich heute die Gegenwart an der Zukunft, die die Lasten dieses Krieges decken muß. Wir leben zu einem großen Teile auf Kriegskredit, — darum tritt manche Kriegswirkung nicht so unmittelbar hervor. Aber das dicke Ende folgt bekanntlich immer hinterher, und die Rede des Schatzsekretärs im Reichstag hat der Nation schon eine kleine Vorahnung des Kommenden aufgetan, mit dem wir freilich schon längst gerechnet haben.

Schon im Mai vorigen Jahres forderten wir eine Umsteuerung unserer Finanzwirtschaft, die rechtzeitig für Deckung der Kriegsanleihen in Steuern, die den Besitz belasten, vor allem aber durch Verstaatlichung gewinnbringender Erwerbsquellen sorgt. Neben der Vermögenszuwachs- und der Erbschaftsteuer, deren Ertrag vervielfacht werden müßte, sollten die Kriegsgewinne kräftig herangezogen werden, und das Reich sollte die großen Erdschätze in Metallen, Kohlen, Salzen und Quellen, die Wasserkräfte und Elektrizitätserzeugung verstaatlichen und die Rüstungsindustrien der privaten Ausbeutung entziehen. Von alledem will der Reichsschatzsekretär einzig der Kriegsgewinnsteuer näher treten, und ein vom Reichstag beratenes Gesetz trifft schon die Vorbereitungen dazu. Man braucht die vermutlichen Wirkungen einer Besteuerung der Kriegsgewinne bis zur Hälfte nicht zu unterschätzen, aber was das Reich auf diesem Wege erreicht, sind günstigstenfalls Abfälle von den großen Kriegsgewinnen, besonders wenn sich die Steuer auf Gewinne von Kriegslieferungen beschränkt. Anstatt der Henne ab und zu eines der goldenen Eier zu nehmen oder ihr gar bloß einige Federn auszukurpfen, sollte das Reich die Henne in Staatsgewahrsam nehmen; das Eierlegen wird sie von Natur aus nicht verlernen, dessen kann man sicher sein!

Daß es mit der deutschen Finanzlage nicht allzu rosig aussieht, konnte man schon vor der Rede des Reichsschatzsekretärs aus dem Stande der inne-

ren Kriegsfürsorge, namentlich der Gemeinden, merken. Denn wenn wir wirklich im Golde schwimmen würden, dann wäre es unverständlich, daß zahlreiche Gemeinden so ungenügend für die Familien der Kriegsteilnehmer sorgen, wie sich dies aus den Erhebungen der Gewerkschaftskartelle ergibt. Der Anteil der Gemeinden, die zu den Reichsunterstützungen Zuschüsse gewähren, ist noch immer gering, und selbst größere Städte entziehen sich ihrer sozialen Pflicht mit der Begründung, daß ihnen die Mittel dazu fehlen. Man vergegenwärtige sich bloß, wie unter dem Druck der Teuerung sich die Lage der betroffenen Familien gestalten mag und wie in solchen Verhältnissen Briefe aus der Heimat auf das Gemüt unserer tapferen Krieger im Felde einwirken müssen. Es liegt aber sicherlich bei vielen Gemeinden weniger am mangelnden Können als am Mangel an gutem Willen, da bekanntlich für finanzschwache Gemeinden Staats- und Reichsmittel bereitgestellt sind, die freilich die Aufwendung gemeindlicher Mittel zur Voraussetzung haben. Das letztere würde eine Erhöhung des Gemeindehaushalts bedingen, und das scheitert vielfach an der jetzigen Zusammensetzung der Gemeindeverwaltungen und -vertretungen.

Besser gestaltet sich die Regelung der Hinterbliebenen- und der Kriegsbeschädigtenfürsorge, die durch Gesetz auf eine ausreichendere Basis gestellt sind. Bei der Kriegsbeschädigtenfürsorge fällt die Hauptaufgabe auf die Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit und die Zurückführung zum Erwerb. Hier sollen und dürfen keine Mittel gescheut werden, um den Verwundeten nicht bloß Gesundheit, sondern auch einen möglichst großen Teil ihrer Arbeitskraft zurückzugeben, und die Gewerkschaften bemühen sich im Verein mit den Arbeitgeberverbänden, die Kriegsbeschädigten in ihrem erlernten Beruf, sei es am alten Platze oder in einer für sie geeigneteren Stellung unterzubringen. Daß die Gewerkschaften dabei ein wachsameres Auge auf die Entlohnung der Kriegsbeschädigten haben, darauf kann sich die Öffentlichkeit verlassen.

Ob wir wirklich Ueberfluß an Mitteln haben, muß sich auf dem Gebiete des gemeinnützigen Wohnungsbauwes zeigen, da der Krieg sicher zu einer großen Wohnungskalamität führen wird. Schon in den Jahren vor dem Kriege war des teuren Geldes wegen wenig gebaut worden, und während des Krieges hat das Baugewerbe fast völlig stillgelegen. Nach dem Kriege wird es vor allem an kleinen Wohnungen fehlen. So schön der Gedanke ist, möglichst jedem unserer Krieger in der Heimat die Anwartschaft auf ein eigenes kleines Heim zu geben, so fürchten wir, daß es selbst an Mitteln fehlen wird, denjenigen, die durch den Krieg wohnungslos geworden sind, ausreichend Ertrag zu schaffen. Jedenfalls aber muß die Wohnungsfürsorge bald im Angriff genommen werden, ehe es zu spät ist, d. h. ehe der Krieg zu Ende ist.

Neben der Sorge um das Heim bewegt die Sorge um die wirtschaftliche Zukunft vor allem die Herzen des vor den Toren kämpfenden Deutschland. Sie hoffen alle als Sieger heimzukehren, aber wie wird sich dann ihre Lage gestalten, wo die geregelte Erwerbsarbeit ihnen beinahe fremd geworden ist? Werden sie sich wieder so leicht in das Arbeitsgetriebe einfügen, und wird man bald für die Millionen wieder lohnende Arbeit schaffen können? Das Problem ist ein gewaltiges und bedürfte der gemeinsamen Arbeit aller Faktoren des Erwerbs-

Die wirtschaftliche Lage im Reiche steht natürlich völlig unter dem Einfluß des Krieges. Produktion, Konsum und Finanzkraft haben ausreichend Zeit gefunden, sich den Kriegsbedürfnissen anzupassen. Daß die Produktion dabei besser gedeiht wie der Verbrauch, ist ebenfalls in der Natur des Krieges begründet, der täglich große Werte verschlingt und als zahlungsträftiger Verbraucher an die Erzeugung riesenhafte Anforderungen stellt, ihr aber zugleich in wachsendem Maße die Arbeitskräfte entzieht. So ist die Arbeitslosigkeit bis auf einen geringen, untätigen Rest geschwunden und auf wenige Berufe beschränkt, denen der Krieg die Rohstoffe entzogen oder die Absatzmärkte verschlossen hat und deren Angehörige sich an neue Berufsmöglichkeiten noch nicht anpassen konnten. So sind eine Reihe von Textilzweigen, soweit sie nicht für Heeresbedürfnisse beschäftigt werden, stillgelegt worden und die Arbeiter teils in andere Berufe übergeführt, teils aus öffentlichen Mitteln unterstützt worden. Außer den Textilarbeitern leiden noch die Hutarbeiter unter größerer Arbeitslosigkeit, die während des ganzen Krieges anhielt und sich nur wenig gesenkt hat. Im allgemeinen hat sich die Arbeitslosigkeitskurve der normalen vor dem Kriege stark genähert und bewegt sich in absteigender Linie, so daß auch für die weitere Entwicklung während des Krieges mit einer gewissen Norm zu rechnen ist. Das schließt nicht aus, daß der Übergang vom Kriegs- zum Friedensstand wieder ganz erhebliche Erschütterungen auf dem Arbeitsmarkt mit sich bringen wird, auf die wir uns rechtzeitig vorbereiten müssen.

Zum „Kriegsgefiht der Produktion“ gehört auch der starke Einschlag der Frauenarbeit. Die weibliche Arbeitskraft ist in zahlreiche Berufe eingebunden, die ihr früher verschlossen waren, und man rühmt ihr ein überraschend großes Maß von Anpassungsfähigkeit nach. Es ist vielleicht verfrüht, heute schon von ausreichenden Erfahrungen auf diesem Gebiete zu reden, wo man froh sein muß, bereitwillige Hände für notwendige Arbeit zu finden. Manche Unzuträglichkeiten, über die man heute leicht hinwegfieht, werden später wahrscheinlich schärfer hervortreten, vor allem für die männlichen Erwerbstätigen, aber auch an solchen für die Frauen selbst wird es nicht fehlen. Immerhin wird der eine große Gewinn bleiben, daß der Krieg auch manches Vorurteil leichter überwinden half, und daß solche Neugruppierungen auf wirtschaftlichem Gebiete in letzter Linie doch dem Fortschritt dienen müssen.

Wenn es der Produktion so überraschend schnell gelang, sich auf den Kriegsfuß einzustellen, so ist dieses günstige Ergebnis zum nicht geringsten Teil der großen Einigkeit zwischen Industrie, Gewerbe, Angestellten- und Arbeiterschaft geschuldet, die die früheren heftigen Kämpfe während der Dauer des Krieges einstellten und den Burgfrieden auf der Basis der Garantie der vor dem Kriege abgeschlossenen Tarifvereinbarungen proklamierten. Daß die lange Kriegsdauer Situationen schafft, die Ausnahmen von jenen Vereinbarungen bedingen, ist leicht einzusehen. Außerordentliche Kriegsgewinne in den Rüstungsindustrien rechtfertigen auch für die Arbeiterschaft Lohnzuschläge und die wachsende Teuerung macht das Streben nach Teuerungszulagen für die auf knappen Lohn angewiesenen Arbeiter begreiflich. Wenn auch Differenzen aus solchen Gegensätzen sich naturgemäß einstellen müssen, so sind doch größere Kämpfe bis jetzt vermieden worden, — ein Beweis, daß es die Arbeiterschaft mit dem Burgfrieden ernst nimmt.

Schwieriger hatte es der Konsum, sich dem Kriegszustande anzupassen, weil hier die Kriegswirtschaft keine solche Zentralisation ermöglicht, sondern sich in zahllose Einzelwirtschaften auflöst, deren Zahlungskraft mit der Dauer des Krieges sinkt, während der Krieg die Tendenz der Lebensmittelteuerung außerordentlich begünstigt. Da eine Konzentration des Verbrauchs durch öffentliche Organisation der Volksernährung in gemeindlichen Speisehallen nicht durchführbar erschien, so mußte sich die Kriegswirtschaft wenigstens die gemeindliche Zusammenfassung des Lebensmittelbezugs angelegen sein lassen und der Burgfriede mußte sich in der Festhaltung der vor dem Kriege geltenden Lebensmittelpreise bewähren. Leider versagten die Gemeinden ebenso wie der Burgfrieden, d. h. die Lebensmittelgewerbe, und die Regierung, die vermittelnd und nach Bedarf mit stärkerem Nachdruck hätte eingreifen müssen, ließ die Zügel am Boden schleifen. Von burgfriedlicher Auffassung war weder etwas bei der Landwirtschaft, noch bei den gewerblichen Lebensmittelerzeugern, am allerwenigsten bei dem Handel zu spüren; vielmehr galt hier in erster Linie das Wort: „Vereichert Euch!“ Zurückhaltung übten diese Kreise nur dort, wo daran etwas zu verdienen war. Man schien ganz zu vergessen, daß Deutschland einer belagerten Festung gleicht, und daß jeder private Eigennuß am Gemeingut der Lebensnotdurft eines Volkes dem Feinde Vorschub leistet. Hätten die deutschen Arbeiter auch nur einen Augenblick daran gedacht, mit ihrer kostbaren Arbeitskraft einen ähnlichen Wucher zu treiben, wie wir ihn auf dem Lebensmittelmarkt erleben mußten, dann wäre das glorreiche deutsche Reich kläglich zusammengebrochen. Aber trotz des Burgfriedens und trotz der Höchstpreisgesetze mußte unser Volk sich diese nichtswürdigen Erbärmlichkeiten schmutziger Bereicherungsfucht gefallen lassen, weil der einzelne dagegen wehrlos war und die Regierung nicht rechtzeitig und tatkräftig genug gegen diese Schädlinge vorging. Erst im November vorigen Jahres wurden eine Reihe schärferer Verordnungen erlassen und Höchstpreise festgesetzt, die schon vor Jahresfrist verlangt worden waren. Damals sollten sie unmöglich sein, — warum ging es auf einmal jetzt? Warum mußten alle diese unglückseligen Erfahrungen mit der Einschätzung der Kartoffelernte auf Grund betrügerischer Angaben der Produzenten, mit der Hinaufreibung der Schweinefleischpreise und der Massenabschlachtung der Schweine, mit der zehnprozentigen Kartoffelbeschlagnahme vom 9. Oktober 1915 erst a u s g e k o s t e t werden, ehe man sich zu energischerem Einschreiten entschloß. Die wirtschaftliche Strategie erfordert nicht minder wie die militärische einen festen Griff und unbeugsame Energie, denn der Feind, der in eigenen Lande an des Volkes Mark zehrt, ist ungleich gefährlicher, wie der jenseits der Grenzen. Es fehlt der Reichsregierung nicht an Befugnissen, und sollte sie sich hierin beenzt fühlen, so würde der Reichstag ihr mit Freuden jede mögliche Vollzugsgewalt bewilligen. Zu diesen Befugnissen gehört nicht nur die Regelung des Bedarfs nach Art der Brot- und Mehlerationen, die sich in Verbindung mit den Höchstpreisen seither bewährt hat, sowie die geregelte Versorgung der Gemeinden mit den wichtigsten Lebensmitteln, sondern auch die Verpflichtung der Gemeinden zu einer geregelten Fürsorge und die Ueberwachung ihrer Maßnahmen durch eine von sozialen Gesichtspunkten geleitete Verwaltung. An letzterer hapert es am allermeisten; die Militärdiktatur hat sich vielerorts verständnisvoller für die

lann und gesichert werde. Zugleich aber hat unsere Partei unausgesetzt danach gestrebt, die unermesslichen Verwüstungen des Krieges zu beenden und den Völkern Europas den heißersehnten Frieden wiederzugeben. Wir haben wiederholt unsere Hand ausgestreckt, daß die Vertreter der Arbeiterklasse in anderen Ländern sie ergreifen sollten, damit wir gemeinsam die Möglichkeit der Friedensanbahnung und der Grundlage eines dauernden Friedens besprechen könnten. Zu unserem tiefen Bedauern sind diese Bemühungen bisher noch nicht zu dem erwünschten Erfolg gediehen. Wohl hat sich an manchen Stellen ein Schimmer von Hoffnung gezeigt. In England und Frankreich machen sich mit zunehmender Stärke Stimmen geltend, die die Fortsetzung des Krieges ins Unabsehbare beklagen und bekämpfen und einen ehrenvollen Frieden fordern. In neutralen Staaten sind neue Anregungen gegeben, eine Vermittelung zwischen den Kriegführenden einzuleiten. Wir weisen auch hin auf die Worte, die das Oberhaupt der katholischen Kirche jüngst gesprochen hat. Ungeachtet aller Verschiedenheiten der Weltanschauung sind wir erfreut, daß auch von dieser Seite eine so ernste Ermahnung an die Völker und ihre Regierungen ergangen ist. Diesem Bestreben stehen leider noch immer sehr ungünstige Tatsachen und Hindernisse im Wege. In England, Frankreich, Rußland und Italien wollen sich die Regierungen und die maßgebenden Parteien noch keineswegs in den Gedanken finden, daß ihr Bündnis, dieser Zusammenschluß der mächtigsten und vollreichsten Länder, nicht imstande gewesen ist, Deutschland und seine Verbündeten niederzuzwingen. Sie halten noch an der Hoffnung fest, durch Aufstellung neuer Heere oder durch wirtschaftliche Erschöpfung Deutschlands dem Kriege eine neue Wendung zu geben und schließlich als Sieger aus dem Kampfe hervorzugehen. Die leitenden Männer der gegen uns Krieg führenden Staaten haben noch bis in die letzten Tage hinein erklärt, daß sie jeden Gedanken an Frieden ablehnen, solange nicht die deutsche Wehrmacht zerschmettert und die gegen Deutschland und seine Verbündeten gerichteten Eroberungsziele erreicht sind. Gegenüber diesen Tatsachen ist es unerläßliche Pflicht des gesamten deutschen Volkes, seine Abwehr fest und geschlossen zu erhalten und die zu dieser Abwehr erforderlichen Mittel bereitzustellen. Sie dienen dem Schutze von Haus und Herd, sie befähigen unsere Brüder und Söhne, die Wacht an der Front auch weiterhin zu halten.

Aus diesen Mitteln müssen aber auch in höherem Maße als bisher den Familien der Kriegsteilnehmer und allen sonstigen Notleidenden Hilfe und Unterstützung geleistet werden. Die Lebensmittelversorgung der Winderbmittelten muß durch Festsetzung von Höchstpreisen, Beschlagnahme aller notwendigen Lebensmittel und planmäßige Verteilung mehr als bisher sichergestellt werden. Nur so wird dem Unwillen des Volkes über unzureichende behördliche Maßnahmen und wucherische Ausbeutung gesteuert und sein Widerstand gestärkt werden.

Wir erheben aber auch in dieser Stunde wieder unseren Einspruch gegen alle Eroberungspläne, die darauf ausgehen, andere Völker zu vergewaltigen. Dadurch würde die nationale Kraft und Einheit des Deutschen Reiches geschwächt, seine Beziehungen nach außen dauernd geschädigt und der Keim zu neuen Kriegen gelegt werden.

Das deutsche Volk und seine Verbündeten haben unvergleichlich Großes vollbracht. Es ist gelungen, nicht nur unser Land und die Staaten der Verbündeten, denen bereits der Untergang angedroht war, gegen die von allen Seiten anstürmende Uebermacht zu sichern, sondern auch die von Osten drohende ungeheure Gefahr für die gesamte westeuropäische Kultur weit zurückzuwerfen.

Kein Gegner und keine Koalition von Gegnern kann sich danach in Zukunft vermaßen, das deutsche Volk niederzuzwingen und seine Entwicklung zu hemmen. Der Reichskanzler hat in der Sitzung vom 9. Dezember ausgesprochen, daß er jederzeit bereit ist, in die Diskussion über Friedensangebote einzutreten, die der Würde und der Sicherheit Deutschlands entsprechen. Er hat die Verantwortung abgelehnt für die Fortsetzung des entsetzlichen Elends, das Europa und die Welt erfüllt. Wir wünschen aufs dringendste, daß die deutsche Regierung jede Möglichkeit zu Friedensverhandlungen bereitwillig wahrnimmt. Deutschland ist durch seine Stärke über jede Mißdeutung seiner Friedensbereitschaft erhaben. Indem wir, so, meine Herren, den unveräußerlichen Geboten der Menschlichkeit dienen, dienen wir zugleich den Zukunftsinteressen des deutschen Volkes."

Die separatistische Minderheit ließ durch Geyer erklären:

"Für mich und 19 meiner Fraktionskollegen habe ich folgendes zu erklären:

Die Militärdiktatur, die rücksichtslos alle Friedensbestrebungen unterdrückt und die freie Meinungsäußerung zu ersticken sucht, macht es uns unmöglich, außerhalb dieses Hauses unsere Stellung zu der Kreditvorlage zu begründen. Wie wir Eroberungspläne, die von Regierungen und Parteien anderer Länder aufgestellt werden, mit aller Kraft bekämpfen, so wenden wir uns mit derselben Entschlossenheit auch gegen das verhängnisvolle Treiben der Annerionspolitiker unseres Landes, die in gleicher Weise wie jene das stärkste Hindernis für die Einleitung von Friedensverhandlungen sind. Diese gefährliche Politik hat der Reichskanzler am 9. Dezember, als er zu der sozialdemokratischen Interpellation das Wort ergriff, nicht von sich gewiesen, er hat ihr vielmehr Vorschub geleistet, und die sämtlichen bürgerlichen Parteien haben in Unterstützung seiner Ausführungen ausdrücklich Gebietserwerbungen gefordert. Erfolgversprechende Friedensverhandlungen sind aber nur möglich auf der Grundlage, daß kein Volk vergewaltigt, daß die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit jedes Volkes gewahrt, daß allenthalben Eroberungsplänen jeder Art entsagt wird. Unsere Landesgrenzen und unsere Unabhängigkeit sind gesichert, nicht der Einbruch feindlicher Heere droht uns, wohl aber geht unser Reich wie das übrige Europa bei Fortsetzung des Krieges der Gefahr der Verarmung und der Verwüstung seiner Kultur entgegen. Der deutschen Regierung läme es zu, da Deutschland sich mit seinen Verbündeten in günstigerer Kriegslage befindet, den ersten Schritt zum Frieden zu tun. Von der sozialdemokratischen Fraktion ist sie aufgefordert worden, den Gegnern ein Friedensangebot zu machen. Der Reichskanzler hat dies jedoch schroff abgelehnt. Der entsetzliche Krieg geht weiter, jeder Tag schafft neue unsägliche Leiden. Eine Politik, die nicht alles tut, um diesem namenlosen Elend Einhalt zu gebieten, eine Politik, die in ihrer gesamten Betätigung in schreiendem Gegensatz zu den Interessen der breiten Massen der werktätigen Bevölkerung steht, durch unser parlamentarisches Verhalten zu unterstützen, ist uns unmöglich. Es gilt, dem in allen Ländern hervortretenden und wachsenden Friedensbedürfnis einen kräftigen Antrieb zu geben. Unseren Friedenswillen und unsere Gegnerschaft gegen Eroberungspläne können wir nicht vereinbaren mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten. Wir lehnen die Kredite ab."

Die Vorlage wurde sodann ohne Diskussion mit allen gegen die Stimmen der Separatisten angenommen.

Damit wäre die Einheitlichkeit der sozialdemokratischen Aktion im Deutschen Reichstage zum ersten Male in schwerer Stunde durchbrochen worden. Seit

lebens, der öffentlichen und korporativen, wie der privaten, Arbeitsbeschaffung, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenfürsorge wird dann wieder in den ersten Wochen und Monaten des Krieges unsere Haupt Sorge sein, und schon jetzt sollten sich darin alle Kräfte zusammenfinden, um diese Aufgabe zu lösen. Vor allem sollte für den Übergang eine geregelte öffentliche Arbeitslosenunterstützung, die die gewerkschaftliche ergänzt, bereitgestellt werden, damit der kommende Frieden nicht noch als eine graue Verschärfung der Kriegsnot erscheint.

Die deutschen Gewerkschaften haben sich seit dem Kriegsausbruch als Volksorganisationen größter Verbreitung und im besonderen sich als die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterklasse in den Dienst der inneren Kriegsfürsorge gestellt und nach besten Kräften, ohne ihre eigenen Mittel zu schonen, an der Lösung der sozialen Aufgaben mitgearbeitet. Sie taten es nicht aus Furcht oder Berechnung, sondern aus eigenem Antriebe. Sie konnten nur dringend wünschen, daß Deutschland aus dem ihm aufgezwungenen Kriege siegreich und ohne Einbuße an Land und Volk hervorgehe, und nicht fremde Mächte den Frieden diktieren. Sie schächerten auch nicht mit Patriotismus, sondern erfüllten einfach ihre Pflicht. Diese Haltung haben sie sich auch im weiteren Verlauf des Krieges bewahrt, und sie wurden darin bestärkt durch die erfreuliche Erfolge, die das einige Deutschland auf den Schlachtfeldern im Osten, Westen und Süden errang und die die Unverletzlichkeit der deutschen Grenzen verbürgen. Der innere Bürgerfrieden ist daher auch heute noch für sie eine Selbstverständlichkeit, über die nicht zu streiten ist. Ob die maßgebenden Kreise des Unternehmertums sich zur gleichen Höhe des Verständnisses nationaler Notwendigkeiten aufgeschwungen haben oder ob sie es daran fehlen lassen, ist ihnen um so gleichgültiger, als ihre Haltung ja nicht von Rücksichten auf das Unternehmertum geleitet ist. Wo die Arbeitgeber sich rückhaltlos von gemeinnützigen Interessen leiten lassen, haben es auch die Gewerkschaften nicht an Entgegenkommen fehlen lassen. Vor allem ist das Verhältnis der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen untereinander während des Krieges ein besseres geworden, und es ist zu hoffen, daß ein gemeinsames Arbeiten und Kämpfen im Interesse der gesamten Arbeiterklasse auch nach dem Kriege möglich sein wird.

Auch die sozialdemokratische Partei nahm am Kriegsbeginn die gleiche, selbstverständliche Haltung ein, deren Ausdruck die Bewilligung der Kriegskredite am 4. August und 2. Dezember 1914 war. Diese Haltung ist indes leider durch eine Minderheit der Reichstagsfraktion in wachsendem Maße erschüttert worden. Am 2. Dezember 1914 stimmte nur Liebknecht gegen die Kredite, und der Abgeordnete Kühle erklärte sich mit ihm eines Sinnes. Seitdem ist aus diesen paar Eigenbrötlern eine von Abstimmung zu Abstimmung wachsende Minorität geworden, die sich bald nicht mehr mit dem Austrag des Kräfteverhältnisses in der Fraktion begnügte, sondern den Zwiespalt auch im Reichstag selbst befundete: anfangs durch Stimmenthaltung und Hinausgehen, in der Sitzung vom 21. Dezember 1915 aber durch ein Gegenvotum von 20 Abgeordneten. Die 20 Sezessionisten, denen Kautskij im wissenschaftlichen Organ der Partei und Dr. Ernst Meyer in der „Leipziger Volkszeitung“ den Weg zu ihrer Sonderaktion gewiesen haben,

haben damit eine gefährliche Bahn beschritten, hinter der die Einheit der Partei und der Arbeiterbewegung liegt, deren Ende indes noch nicht abzusehen ist. Sie haben eine Präcedenz für jede Fraktionsminderheit, selbständig aufzutreten, geschaffen, das mit der Weiterführung einheitlicher Aktion unverträglich ist. Welcher Art die Folgen dieser Absonderung auch sein mögen, sie fallen auf ihre Urheber zurück, und man wird die letzteren dafür gebührend zur Rechenschaft ziehen. Noch halten wir die Arbeiterbewegung für gesund genug, um den wahnwitzigen Angriff auf ihre stolze Einheit zurückzuweisen. Sollte sie sich ohnmächtig erweisen, dann wären die jahrzehntelangen Kämpfe um die Größe der deutschen Sozialdemokratie umsonst gewesen! Die Gewerkschaften werden, unbeirrt von der Haltung der Liebknechtgruppe, für die wirklichen Interessen der deutschen Arbeiter eintreten, wie dies während des bisherigen Kriegsverlaufs geschah. Sie werden, eingedenk ihrer Vergangenheit, auch nicht ein Jota von den Grundsätzen der Arbeiterbewegung aufgeben, sondern im Geiste ihrer Geschichte und Kämpfe weiter wirken an der Erfüllung ihrer Aufgaben und Ziele. Der kennt unsere Gewerkschaften nicht, der von ihnen glauben kann, sie würden nationalsozial oder harmonieduselig werden. Zu beiden haben sie keinerlei Beruf. Der aber läuscht sich erst recht in ihnen, der sie in den großen Lebensfragen der Arbeiterklasse beiseite zu schieben sucht. Die Zeiten sind längst vorüber, in denen die Partei über diese Dinge allein entscheiden konnte. Die Einheit der Partei geht auch die Gewerkschaften an, und diese dürften nicht geneigt sein, auf erworbene Rechte leichtfertig zu verzichten.

Daß unser Jahresrückblick sich mit so unerschrockenen Erscheinungen beschäftigen muß, gehört zu den Wirkungen des Krieges, der unser Volksleben aufs schwerste beeinträchtigt. Diese Schäden wachsen naturgemäß mit der Dauer des Krieges, und der Wunsch nach einem baldigen glücklichen Frieden ist daher im Volke allgemein. Möge dieser Frieden je eher um so lieber kommen, und mögen seine Bedingungen uns und allen beteiligten Völkern die Wiederkehr neuer Kriege für möglichst lange Zeit verhüten. Dies sei auch unser innigster Wunsch für das neue Jahr!

Arbeiterbewegung.

Zur Fraktionsabstimmung im Reichstag.

In der Reichstagsitzung vom 21. Dezember standen die neu angeforderten Kriegskredite im Betrage von 10 Milliarden Mark zur Abstimmung. Bei dieser Abstimmung kam es zu jener Sonderaktion einer Minderheit der sozialdemokratischen Fraktion, die seit Wochen in einigen Parteiblättern angekündigt wurde und für die der Herausgeber der wissenschaftlichen Wochenschrift der Partei, Karl Kautskij, das „theoretische Rüstzeug“ geliefert hatte. Für die sozialdemokratische Fraktion gab Ebert folgende Erklärung zu der Kreditvorlage ab:

„Im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Die sozialdemokratische Fraktion hat seit Anbeginn des Weltkrieges ihren Willen und ihre Kraft dafür eingesetzt, daß Deutschland in dem schwersten Existenzkampf gegen die ungeheueren Koalition seiner Gegner bestehen

Zahrzehnten war es die Stärke der deutschen Sozialdemokratie, im Handeln einig und geschlossen aufzutreten, auch wenn über die einzelnen Fragen in ihren Reihen die größten Meinungsverschiedenheiten vorherrschten. Die Kämpfe zwischen den einzelnen Richtungen in der Partei sind immer sehr heftig gewesen, aber niemals wurde die einheitliche Aktion in Frage gestellt. Es blieb dem Nachfolger Paul Singers im Parteivorstande, Haase, vorbehalten, die Einheit der Aktion zu durchbrechen und der deutschen Arbeiterbewegung den Weg zu weisen, der unfehlbar zur Zerrüttung und Schwäche führt und die Partei der Arbeiter zum Gespött der Gegner macht.

Die Separataktion der 20-Männergruppe wird damit motiviert, daß es ihr durch die Militärdiktatur unmöglich gemacht wird, außerhalb des Hauses ihre Stellung zur Kreditvorlage zu begründen. Wie jedermann weiß, ist das eine Unwahrheit, denn die ablehnende Haltung einer Minderheit ist in der Presse seit Monaten sehr eingehend dargelegt worden. Man mußte daher sehr gespannt darauf sein, was diese Minderheit nun von der Tribüne des Reichstages unter dem Schutze der Immunität darüber hinaus zur Begründung ihrer Haltung verkünden würde. Die Erklärung, die Geher abgab, gibt darüber Auskunft. Sie enthält nichts, aber auch gar nichts, was nicht an Plattheiten und zum Teil noch plumper schon im „Vorwärts“ gelesen werden konnte. Die Erklärung wendet sich gegen die Annexionspolitiker, die in anderen Ländern wie in Deutschland vorhanden sind. Das hat die sozialdemokratische Fraktion noch weit entschiedener seit Beginn des Krieges wiederholt auch getan. Das im Reichstage Neue an dieser Minderheitserklärung ist, daß sie dem Reichkanzler vorwirft, am 9. Dezember diesen Annexionspolitikern Vorschub geleistet zu haben. Das hat man aber auch in den diese Minderheit anführenden Parteiblättern lesen können. Die Behauptung der Minderheitserklärung, daß unsere Landesgrenzen und Unabhängigkeit gesichert und daß kein Einbruch feindlicher Heere uns bedrohe, ist geradezu beschämend naiv angesichts der Tatsache, daß Frankreich, England und Rußland bis zu den Zähnen gerüstet uns gegenüberstehen und jeden Gedanken an einen Friedensschluß ablehnen, solange nicht Deutschland am Boden liege.

Es erscheint unglaublich, daß die Minderheit ausgerechnet dieses Satzes wegen die Einheitlichkeit der sozialdemokratischen Aktion durchbrochen haben sollte! Und was dann noch folgt, ist an anderer Stelle weit wirkungsvoller ausgesprochen worden, als in der Erklärung dieser Minderheit.

Die Begründung des separaten Vorgehens ist also nichts anderes als ein armseliger Vorwand für das Beginnen, die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung zu zerstören. Die Fraktion selbst hat sich sofort mit dem Vorgehen der Minderheit beschäftigt und mit 63 gegen 15 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Fraktion erblickt in der Sonderaktion einen Disziplinbruch bedauerlichster Art. Die Sonderaktion zerstört die Einheit der parlamentarischen Aktionen in der schwierigsten politischen Lage und ist darum auf das schärfste zu verurteilen.

Die Fraktion lehnt die Verantwortung für jede Sonderaktion und für alle sich daraus ergebenden politischen Wirkungen ab.“

Diese Abwehr der Zerstörung der Einheit der sozialdemokratischen Aktion im Reichstag erscheint

uns ungenügend. Das Vorgehen der Minderheit erforderte nach unserer Auffassung die Aufkündigung der Arbeitsgemeinschaft mit ihr. Denn dieses Vorgehen schafft den Präzedenzfall für künftige Minderheiten, genau so zu verfahren, wie die um Haase sich jetzt gruppierende Minderheit. Daß die Verantwortung für eine solche Zügellosigkeit in der sozialdemokratischen Fraktion auf die 20 Leute fällt, die in schwerster Zeit ihrer eigenen Partei in der Rücken fallen, ändert an der grundsätzlichen Bedeutung des Vorkommnisses nichts. Eine gleichlautende Erklärung, die seinerzeit gegen den Disziplinbruch Karl Liebknechts gerichtet wurde, blieb fruchtlos. Es ist nicht zu erwarten, daß die jetzt beschlossene Erklärung gegen die Zwanzig ein anderes Schicksal haben wird. Die zerrüttenden Wirkungen auf den Zusammenhalt in der deutschen Arbeiterbewegung werden nicht ausbleiben können.

Die 20 Fraktionsmitglieder, die die von Geher abgegebene Erklärung unterschrieben hatten, waren folgende:

Bernstein, Bock, Büchner, Dr. Oskar Cohn, Dittmann, Geher, Haase, Dr. Herzfeld, Horn, Hente, Kunert, Ledebour, Dr. Liebknecht, Kühle, Stadthagen, Stolle, Schwarz, Bogtherr, Wurm, Zubeil. Bernstein konnte wegen Krankheit an der Abstimmung im Plenum nicht teilnehmen, die 19 anderen Abgeordneten stimmten auch im Plenum gegen die Kriegskredite.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Bauarbeiterverband zählte am 13. Dezember 2298 arbeitslose Mitglieder, das sind 2,63 Proz. der Gesamtmitgliederszahl. Gegenüber der Vorwoche ist ein Rückgang der Arbeitslosigkeit um 0,75 Proz. zu verzeichnen.

Am 25. Dezember waren 25 Jahre seit der Gründung des Verbandes der Lithographen und Steindrucker verfloßen. Damals fand in Magdeburg ein Kongreß der Berufsangehörigen statt, der die Verbandsgründung beschloß und drei Monate später trat der Verband ins Leben.

Im Notenkasserverbände werden ab 3. Januar die bestehenden Kriegsunterstützungssätze aufgehoben und eine neue Regelung der Unterstützungen durchgeführt. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt von da an je nach der Dauer der Mitgliedschaft 1,50 Mk. bis 2,50 Mk. täglich auf die Dauer von 78 Tagen. Mitglieder, die noch nicht dem Verbandsverbande 52 Wochen angehören, beziehen die Kriegssätze weiter (6 Mk. wöchentlich). Die Invaliden erhalten 50 Proz. der statutarischen Sätze, wo aber bereits ein höherer Betrag bis jetzt ausgezahlt wurde, soll keine Kürzung stattfinden. Erkrankte Mitglieder beziehen 75 Pf. täglich, die Woche wird zu 6 Tagen gerechnet. Den bis 31. Dezember zum Seeresdienst eingezogenen Mitgliedern wird eine Liebesgabe in Höhe von 3 Mk. aus der Verbandskasse gewährt.

Der ordentliche Verbandstag des Sattler- und Portefeullerverbandes wird auf Beschluß einer Konferenz des Vorstandes, Ausschusses und der Gauleiter in diesem Jahre nicht abgehalten, wenn sich nicht die politischen Verhältnisse wesentlich ändern. — Die gleiche Konferenz beschloß, die statutarische Arbeitslosen-

unterstützung wieder zur Auszahlung zu bringen; außerdem wurde die Krankenunterstützung neu geregelt. Den Frauen gefallener Krieger bzw. deren Familien kann der Vorstand die Hälfte des statistischen Sterbegeldes gewähren. Die Beitragsleistung der Kriegsbeschädigten wurde ebenfalls geregelt.

Der Tabakarbeiterverband konnte in diesen Tagen auf eine 50jährige Tätigkeit verweisen. Auf einem Delegiertentag wurde am 25. Dezember 1865 in Leipzig der Allgemeine Deutsche Zigarrenarbeiterverein gegründet. Eine eingehendere Würdigung dieses Jubiläums müssen wir für die nächste Nummer zurückstellen.

Die Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes, die in diesem Jahre fällig ist, wurde vom Vorstand und Ausschuß im Einverständnis mit den Gauleitern vertagt. Der Vorstand sieht von der Einberufung ab, weil ein großer Teil der tätigen Mitglieder im Felde stehen, von der Delegation oder Mitberatung also ausgeschlossen wären. Außerdem würde die Generalversammlung während des Krieges in ihren Beratungen und Beschlüssen sehr behindert sein und sie die Beitrags- und Unterstützungsfragen gar nicht regeln können, da man gar nicht weiß, wie sich nach dem Kriege das geschäftliche Leben gestalten wird. Nach Beendigung des Krieges wird der Vorstand, sobald es nötig ist, eine außerordentliche Generalversammlung einberufen.

Im Zimmererverbände waren am 11. Dezember 20 442 Mitglieder vorhanden. Davon waren 1,93 Proz. arbeitslos, 2,44 Proz. krank und 94,63 Proz. standen in Arbeit.

Der „Vorwärts“ und die „Gewerkschaftliche Frauen-Zeitung“.

Der „Vorwärts“ nimmt in Nr. 355 von unserer Anzeige der „Gewerkschaftlichen Frauen-Zeitung“ Notiz, zu der er sich folgende Randbemerkung leistet:

„Diese Neugründung entspricht bekanntlich einem Beschluß einer der letzten Vorstandskonferenzen der Gewerkschaften. Sie ist zum großen Teil, wenn nicht sogar ausschließlich, zurückzuführen auf die Antipathie, die in den Kreisen der Gewerkschaftsführer gegen das bisherige Organ der proletarischen Frauen, die „Gleichheit“, vorhanden war. Der Inhalt der letzteren, der in streng sozialistischem Sinne unter Leitung der Genossin Zeitlin behandelt wurde, entsprach nicht der Geistesrichtung der Generalkommission. Mit einer neuen Frauenzeitung glaubt man nun wohl den Anfang machen zu sollen, die angenehmere Richtung propagandistisch zu unterstützen. Vielleicht wagt man sich später noch an größere Ziele heran.“

Nach diesem schönen Bekenntnis einer gequälten Seele ist zu schließen, daß der „Vorwärts“ wenig Freude an dem künftigen gewerkschaftlichen Frauenorgan, das er noch nicht einmal kennt, zu haben scheint. Das wird unserem Schwesterblatt wenig Abbruch tun. Nur muß uns die Haltung des „Vorwärts“ verwunderlich erscheinen, da er seither weder etwas an dem Bestehen eines besonderen sozialistischen Frauenorgans neben den sozialistischen Tageszeitungen, noch an der Gründung eines sozialistischen Jugendorgans auszusetzen hatte. Sollte ein Blatt für die gewerkschaftliche Erziehung der Arbeiterinnen nicht mindestens ebenso notwendig sein, besonders nach der rapiden Ausdehnung der Frauenarbeit infolge des Krieges? Daß der Inhalt

der „Gleichheit“ den Gewerkschaften nicht genügte, darin war der „Vorwärts“ richtig beraten, — nicht aber, weil dieses Blatt streng sozialistisch redigiert ist, sondern weil ihm sowohl der gewerkschaftliche Inhalt als auch der Sinn für die Aufgaben der Gewerkschaften fehlt.

Aus der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.

Inmitten der Verschmelzungsbestrebungen, die zum Teil großen Erfolg hatten und zum anderen Teil noch fortgesetzt werden, ist als eine geradezu anarchische Erscheinung die Decentralisation in der schweizerischen Textilarbeiterbewegung zu verzeichnen. Vor einigen Wochen haben sich die im Schweizerischen Textilarbeiterverband gemeinschaftlich mit den Fabrikarbeitern organisierten Heimarbeiter (hauptsächlich Handstricker und Plattstichweber) auf einer außerordentlichen Delegiertenversammlung von jenen geschieden und die Gründung eines eigenen Heimarbeiterverbandes beschlossen. Dieser soll aber im Gesamtverband der Textilarbeiter bleiben und sein Centralcomité mit dem des Fabrikarbeiterverbandes zusammen den Centralvorstand des gemeinsamen Textilarbeiterverbandes bilden. Die Heimarbeiter haben aber dabei auch die Gemeinschaft mit dem Verbandsorgan, dem „Textilarbeiter“, aufgegeben und beschlossen, ein eigenes Blatt, den „Heimarbeiter“, herauszugeben. Die Trennungsgründe sind hauptsächlich finanzieller Art, die Heimarbeiter glauben mit eigener selbständiger Verwaltung besser zu fahren. Ende 1914 gehörten dem gemeinsamen Textilarbeiterverband 3240 Fabrik- und 2282 Heimarbeiter an. Das organisatorische Auseinandergehen der schweizerischen Textilarbeiter ist natürlich zu bedauern, auch als starker Anachronismus inmitten der Verschmelzungsbestrebungen anderer Gewerkschaften in der Schweiz. Z.

Das Internationale Steinarbeitersekretariat im Jahre 1914/15.

Der internationale Steinarbeitersekretär Genosse Kolb in Basel konstatiert in seinem Jahresbericht für 1914/15 mit Befriedigung, daß die meisten Landesverbände sich in der schweren Kriegszeit den vielen und großen Aufgaben, die ihnen gestellt wurden, gewachsen zeigten. So blieb auch der internationale Verkehr mit der einzigen Ausnahme des belgischen aufrechterhalten, wenn er auch vorübergehend verlangsamt und gestört wurde. „Arbeiterorganisationen und Krieg vertragen sich nicht. Ein wirkliches Gedeihen der Organisationen ist nur da denkbar, wo die Zustände normal geordnete sind. Doch, wir haben gesehen, alle Verbände setzten ihr Möglichstes daran, um dem Sturm zu trotzen, und so wird auch der Zeitpunkt kommen, wo normale Verhältnisse wieder einkehren werden.“

Da das Sekretariat nach wie vor auch während der Kriegszeit die üblichen Vierteljahresberichte verfassen und an die Verbände versenden konnte, bringt der vorliegende kurze Jahresbericht für den Zeitraum vom 1. Juli 1914 bis 30. Juni 1915 keinerlei Einzelheiten aus den Verbänden.

Bei Kriegsausbruch war das Sekretariat noch mit den Vorbereitungen für den internationalen Bauarbeiterkongress beschäftigt, der in Wien hätte

stattfinden sollen. Er sollte dann in Paris abgehalten werden, aber der Kriegsausbruch vereitelte auch diese Absicht. Dagegen setzten dann lebhaftere Polemiken zwischen den Organisationen einzelner Länder, namentlich zwischen jenen in Italien und Deutschland, ein, die das Sekretariat zur Vermittlung veranlaßten, worauf die kritischen Auseinandersetzungen eingestellt wurden. Die Polemiken zwischen den Organisationen in Frankreich und Deutschland ließen im ersteren Lande selbst den Wunsch laut werden nach besserer Gegenseitigkeit mit den deutschsprachigen Ländern. Das Sekretariat übernahm dann auch die Vermittlung der Post zwischen den Organisationen der verschiedenen Länder, namentlich auch den Zeitungsaustausch; ferner die Vermittlung der Postsendungen eines großen Teiles der Mitglieder der Verbände vom Boden der neutralen Schweiz aus, womit auch vielfach sprachliche Uebersetzungen verbunden sind. Im ersten Halbjahr des Krieges wurde das Sekretariat fast täglich angefragt über den Aufenthaltsort von Kriegsgefangenen, was einen umfangreichen Verkehr mit dem für solche Ermittlungen bestimmten Informationsbureau in Genf mit sich brachte und befriedigende Erfolge hatte.

Mit Ausnahme von Belgien und den Balkanstaaten, mit denen keinerlei Verkehr möglich war, fand ein solcher mit den übrigen Ländern, mit Einschluß von Amerika, in reger Weise statt. Der Verkehr war sogar reger als in der vorherigen Friedenszeit, da das allgemeine Interesse für die Verhältnisse und Vorgänge in den Organisationen der einzelnen Länder durch den Krieg verstärkt worden war. Für die Annäherung des Sekretariats an die Steinarbeiterorganisation in Spanien hatte sich die dortige gewerkschaftliche Landeszentrale verwendet, allein die spanischen Steinarbeiter waren zu keiner Lebensäußerung zu bewegen. Dagegen waren die dem Sekretariat angeschlossenen Organisationen stets gespannt darauf, über die Lage und die Tätigkeit der anderen Verbände immer wieder etwas zu erfahren. So gingen auch die Vierteljahrsberichte von den Verbänden größtenteils in kürzerer Zeit ein, als es vor dem Krieg der Fall war. Dem Sekretär brachte der Krieg erhebliche Mehrarbeit. Mit 1337 Stunden für die Erledigung der Sekretariatsgeschäfte hatte Genosse Kolb die doppelte Zeit gegenüber früheren Jahren aufzuwenden. Der Sekretär leistete diese Arbeit gern und erblickt in dem erzielten Erfolg den besten Dank dafür.

Weniger befriedigend gestalteten sich die finanziellen Verhältnisse des Internationalen Steinarbeitersekretariats. Die Vorbereitungen für den geplanten internationalen Bauarbeiterkongreß hatten ziemlich viel Geld gekostet, aber nun hatte der Krieg den Stillstand im Eingang der ausstehenden Guthaben bei den Verbänden gebracht. So hatte die belgische Organisation, die erfreulicherweise auf 15 000 Mitglieder angewachsen war, noch drei Tage vor Kriegsausbruch die Bezahlung der Beiträge für zwei Jahre und der Kongreßprotokolle durch die Bank angewiesen, aber die Summe gelangte nicht mehr zur Auszahlung. Die anderen Verbände waren finanziell so geschwächt, daß sie nur geringe Beiträge leisten konnten, deren Zusendung erst noch mit großen Schwierigkeiten verbunden war. So mußte der ungarische Verband seinen Beitrag dreimal absenden, ehe er endlich in den Besitz des Sekretariats gelangte. Dieses erlitt auch noch infolge des stark gefallenem Wechselkurses empfindliche Verluste.

Neun Verbände lieferten für Protokolle und an Beiträgen im Berichtsjahre folgende Beträge ab:

	Frank
Italien	301,—
Norwegen	65,96
Schweiz	65,—
Oesterreich	111,96
Dänemark	29,—
Schweden	280,16
Deutschland	238,—
Holland	131,14
Ungarn	47,20
Frankreich	120,—
Total	1369,42

Die Ausgaben des Sekretariats betragen:

	Frank
Uebersetzungen	275,90
Schreibmaterialien und Bureaumiete	160,—
Drucksachen	94,75
Befoldung	480,—
Post und andere Ausgaben	421,05
Delegationen	166,40
Total	1598,10

Die Einnahmen machen nicht einmal den dritten Teil jener früherer Jahre aus und ihnen mußten auch die Ausgaben angepaßt werden.

Genosse Kolb gibt zum Schluß der besten Hoffnung Ausdruck, daß die Internationale Steinarbeitervereinigung auch für die zukünftige Zeit in keiner Art und Weise geschädigt werde und das Gefühl der gegenseitigen Zusammengehörigkeit auch trotz der zurzeit herrschenden Zustände weiter bestehe, um dann in Bälde wieder mit erneuertem Mut und Freude für die Förderung unserer Landesverbände zu baldiger ökonomischer Besserstellung ihrer Mitglieder wirken zu können.

Literatur.

Volkserziehung durch den Abreißkalender.

Daß der Abreißkalender auch bildenden Zwecken dienlich gemacht werden kann, war in der literarischen Welt nichts Neues. Nur in der Arbeiterbewegung behielt man sich seither fast durchweg mit fabrikmäßig zusammengestellten Kalenderblocks. Die Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt gibt indes seit einigen Jahren einen eigenen Abreißkalender heraus, der nicht nur in künstlerischer Hinsicht neue Wege beschreitet, sondern vor allem unsere sozialistische und gewerkschaftliche Propaganda und literarische Volkserziehung bereichert. Die Abreißblätter bringen auf der Rückseite Mitteilungen über die politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und sonstigen Arbeiterorganisationen, wissenschaftlichen und philosophischen In-halts, Auszüge aus sozialistischen und philosophischen Schriften sowie auserlesener Dichtungen, die meist wertvoll genug sind, aufbewahrt oder weiterverbreitet zu werden. Wir können nur lebhaft wünschen, daß dieser Kalender, der zum Preise von 1,50 Mk. abgegeben wird, überall im Reiche die weiteste Verbreitung finden möge. Man spart Geld, wenn man statt der veralteten, nichtsagenden Abreißkalender den Vorwärts-Abreißkalender bezieht.